



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Lothar Binding
Bundesvorsitzender der AG SPD 60 plus

Fon: 030 - 25991-403

Fax: 030 - 25991-404

60plus@spd.de

An den SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil
Genossinnen und Genossen des SPD-Parteivorstandes

14. Februar 2020

Lieber Lars, liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem ich den „Überblick über die Änderungen“ der neuen Richtlinien für die Arbeitsgemeinschaften gelesen habe, musste ich einige Energie aufbringen, meine Gefühle zu moderieren.

Die Reduzierungen der Delegiertenzahlen auf von 80 auf 70 bzw. von 200 auf 150 sind sehr ärgerlich, die Verkleinerung der Bundesvorstände wird bei einigen die Arbeit erschweren, dass die knappen Budgets erhalten bleiben, wird anerkannt. Dass sich das Budget für die AG SPD 60 plus, wie vom Schatzmeister zugesagt, nun auch auf dem Niveau der anderen großen Arbeitsgemeinschaften, bei 25.000 Euro befindet, freut uns sehr.

Die Beschlüsse vom 11.2. wirken auf die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften unterschiedlich und erlauben keine einheitliche Bewertung. Ich möchte deshalb hier vornehmlich die Sicht der AG 60 plus darlegen.

Gemessen an den schwerwiegenden Problemen unserer Partei, stellt sich zwar schon seit längerem die Frage, ob es sinnvoll und effizient ist, unsere Energie in solche Marginalien zu investieren, aber wir haben uns solidarisch und fehlertolerant damit abgefunden. In dem langen Prozess zur Erarbeitung dieser „Lösungen“ von Problemen, deren Bedeutung wir offensichtlich unterschiedlich einschätzen, ist auch nicht ein Wort nach außen gedrungen. Wir haben auf den medial gern genommen öffentlichen Druck verzichtet. Dabei ist unsere Arbeitssituation schon jetzt schwierig. Das müsste nicht so sein: Allein der Blick auf die Frauenunion und die Senioren-Union und wie diese in ihrer Partei ausgestattet sind, zeigt, wie sich Wertschätzung über das gesprochene Wort hinaus entfalten kann.

Die eigentliche Enttäuschung liegt in der fehlenden Empathie der am vergangenen Sonntag über uns gekommenen Vorschriften. In den Ortsvereinen der Partei sind oft 10 % aktiver als die restlichen 90

% . Viele dieser 10 % und einige mehr, sind auch in Arbeitsgemeinschaften aktiv. Nun ist eine Genossin, ein Genosse 20, 30 oder 40 Jahre in der Partei, vielleicht aktiv im Ortsverein, vielleicht aktiv in einer AG. Diese Genossin, dieser Genosse muss sich nun eine Registrierung als „aktives Mitglied für die jeweilige Arbeitsgemeinschaft“ besorgen. Er bzw. sie wird das vielleicht nicht einsehen, denn er/sie arbeitet ja ehrenamtlich für die Partei, setzt seine/ ihre Kraft ein, wo er/sie es aus einer aktuellen Situation heraus für nötig bzw. machbar hält. Ohne diese besondere Registrierung ist das Mitglied zwar durch Geschlecht oder Alter zur AsF oder 60 plus „zugeordnet“, aber für die Berechnung der Delegierten werden nur die „registrierten Mitglieder der Partei“ berücksichtigt. Im Ergebnis können wir nach außen groß wirken (dort wo dies benötigt wird), wir werden aber nach innen auf die Anzahl der Registrierten reduziert. Scheinriesen werden schon aus großer Entfernung gesehen, aber wehe Du kommst näher... Während für die Jusos eine Registrierung entbehrlich ist, sie haben eine Richtlinie mit Goldschnitt, gelten für Frauen und Alte extra Registrierungsvorschriften um „Klarheit über die aktiven Mitglieder einer AG“ zu bekommen.

Irritiert lesen wir: „das genaue Vorgehen“ wird noch erarbeitet – wenige Tage nach der Beschlussfassung über die Richtlinie.

Es gibt Arbeitsgemeinschaften mit sinnvoller Registrierung. Wo die Zuordnung aus der MAVIS nicht erkennbar ist, dort sollte sie ermöglicht werden. Aber Delegierte zu Bezirks-, Landes- und Bundeskongressen zwanghaft nach „registriert“ und „nicht registriert“ zu sortieren... ich bin mir nicht sicher, welche Reaktionen das auslöst. Gehe ich nach den Anrufen nur von heute, geht das für die Partei nicht gut aus. Und im Zweifelsfall reden wir hier über die treuesten Mitglieder.

Zusammenfassung: Ich sehe bei den Arbeitsgemeinschaften, deren Zuordnung sich aus in der MAVIS einfach verfügbaren Informationen ableitet, keine Notwendigkeit, sich auch noch registrieren zu müssen. Aber viel schlimmer ist aus Sicht der AG SPD 60 plus und auch anderer Arbeitsgemeinschaften, dass sich die Delegiertenverteilung zukünftig auch aus dieser „Registrierung“ ableiten soll. Wer hat hier das Ende mitbedacht? So werden die strukturschwachen Gebiete noch mehr geschwächt. Wie soll das überhaupt vonstattengehen? Werden alle Mitglieder angeschrieben? Auch per Post? Wenn man 60 wird, bekommt man dann automatisch einen Brief, ob man nun bei 60 plus mitmachen will? Hier wird ein bestehendes System unnötig verkompliziert. Ich und andere fragen, wie diese technokratischen Vorschläge die Motivation fördern sollen.

Wir fragen uns auch: Was ist das eigentliche Ziel all dieser Aktionen?

Bundesaltenplan

Ein weiterer Punkt stößt zusätzlich auf Verwunderung in der AG SPD 60 plus. Ihr schreibt, dass „die Jusos aus den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften herausgelöst wurden und diese nun eine eigene Richtlinie haben. Dies ist erforderlich, da die Jusos öffentliche Mittel erhalten und der Mittelgeber

hier auf eine größere Eigenständigkeit und Selbstorganisation abhebt. Die Jusos unterliegen damit anderen Regeln.“

Vor etwa eineinhalb Jahren hatte ich mich an euch gewandt, mit Bezug auf den Bundesaltenplan, und gefragt, ob wir als 60 plus in Frage kommen, über den Bundesaltenplan Mittel zu beziehen, wie es etwa die Senioren-Union im größeren Umfang tut. Ich verweise an dieser Stelle an die Stellungnahme von Saskia Freiesleben vom 29. August 2018, die diese Anfrage auf Grund der fehlenden Eigenständigkeit negativ beschieden hat. Warum nun die Jusos auf Grund der Notwendigkeit einer größeren Eigenständigkeit, um finanzielle Mittel zu erhalten, aus den Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften herausgelöst werden, 60plus aber trotz unserer Initiative vom Sommer 2018 keine größere Eigenständigkeit erhält, sondern im Gegenteil eine zusätzliche Registrierungspflicht, müsst Ihr uns noch erklären.

Im Ergebnis schlage ich Euch vor, den gesamten Komplex „Registrierung“ aus der Richtlinie wieder herauszunehmen.

Mit freundlichen Grüßen



Lothar Binding

P.S.

Orga-Beteiligungsprozess

Auch dass es in dem Orga-Beteiligungsprozess Brüche gab, wurde ohne Vorwürfe dem Vergessen anheim gegeben. Ein Beispiel: die Arbeitsgruppen der Orga-Kommision arbeiten/tagen viele Monate, Gruppenprozesse dauern. Am Abschluss und Präsentationstag werden alle Arbeitsergebnisse knapp (Minuten, weil enger Zeitplan) vorgetragen – die wirkmächtige, also politisch bedeutsame Zusammenfassung ihre eigenen Ergebnisse, entnehmen die verwunderten Teilnehmer jeweils einer einseitigen Tischvorlage, die eine Mitarbeiterin des Willy-Brand-Hauses nach ihrem Urteil erstellt hat und vorträgt. Kurze Zeit später dienen diese Kurzfassungen auch dem Bundesvorstand als Tischvorlage.